Erscheint täglich
früh 4½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 60. Donnerstag den 1. März 1883. 77. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Auf dem **städtischen Lagerplatze** vor dem Dresdner Thore sollen

**am 6. März** cr. **Vormittags 9 Uhr**

13 Haufen altes **Bauholz** an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Das Holz ist sofort nach der Versteigerung abzufahren.

Leipzig, am 24. Februar 1883.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eichorius.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung der Schleuße III. Classe in der verlängerten Sidonienstraße zwischen dem Floßplatz und der Uferstraße F des südwestlichen Bebauungsplanes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt mit der Aufschrift: **Schleußenbau in der verlängerten Sidonienstraße** versehen ebendaselbst und zwar bis zum **17. März cr. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 27. Februar 1883.

**Des Raths der Stadt Leipzig**
**Straßenbaudeputation.**

### Bekanntmachung.

Auf Antrag eines Mitigenthümers soll zum Zwecke der Auseinandersetzung die im Betriebe befindliche **Thonwarenfabrik** von **C. Kelch** zu **Bitterfeld**

**am 25. März 1883, Vormittags 10 Uhr**

an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 21, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die auf Verlangen zu stellende Bietungscaution beläuft sich auf zweitausendachthundert Mark.

Die speciellen Verkaufsbedingungen liegen in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I des unterzeichneten Gerichts und im Comptoir der Kelch'schen Fabrik zur Einsicht aus, werden auch von der Betriebsleitung der Fabrik abschriftlich auf Verlangen mitgetheilt.

Bitterfeld, den 29. December 1882.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung I.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Freiheit der Wissenschaft.

Die Angriffe, welche der Abgeordnete Stöcker im preußischen Abgeordnetenhause in diesen Tagen gegen die Vertreter der Wissenschaft gerichtet, haben dem Führer des Centrums Gelegenheit gegeben, sich als einen begeisterten Anhänger der Freiheit in jeder Hinsicht aufzuspielen, und der Linken des Hauses ein Collegium über den wahren Inhalt des Verfassungsartikels von der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre zu halten. „Wenn die Liberalen es wirklich ernst meinen mit der Vertheidigung der Lehrfreiheit, dann sagen Sie mir, ob Sie unser Gesuch bei dem Herrn Minister unterstützen und uns bei ihm die Erlaubniß zur Errichtung einer freien Universität auswirken wollen", so rief in höchster Erregung die kleine hannoversche Excellenz. Nur der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Stern (Frankfurt), der offenbar noch nicht in die Schliche der ultramontanen Politik eingeweiht ist, sagte in einem Zwischenrufe dem Abgeordneten Windthorst die Unterstützung, welche er wünschte, zu — die übrigen Liberalen schwiegen. Herr Dr. Stern wurde dann für seine Bereitwilligkeit von dem „freiheitlich gesinnten" Windthorst als der einzige Liberale gepriesen, der wisse, was Freiheit sei und der sich als Docent des Liberalismus innerhalb der Liberalen habilitiren müsse. Wir gönnen dem Abgeordneten Stern diese schöne Censur von ultramontaner Seite sehr gern, müssen aber trotzdem behaupten, daß die Haltung der übrigen liberalen Abgeordneten bei dieser Gelegenheit eine viel correctere war.

Einem unbefangenen Politiker muß schon die Thatsache stutzig machen, daß Herr Windthorst in dem Augenblicke wieder anfängt von der Freiheit und Gleichheit zu declamiren, in welchem eine Wendung in der preußischen Kirchenpolitik ihn zwingt, in seine alte Oppositionsstellung wieder einzuschwenken. So lange der kirchenpolitische Waffenstillstand dauerte, so lange noch irgend eine Aussicht vorhanden war, selbst das Heft in die Hand zu bekommen, da war er in allen wichtigen politischen Fragen, in denen die freiheitlichen Principien in Betracht kamen, nicht auf Seiten der Liberalen zu finden, sondern bei ihren Gegnern. Seit fast drei Jahren hat Herr Windthorst das Steckenpferd der „Autorität und staatlichen Ordnung" geritten, wer soll ihm jetzt ernstlich glauben, wenn er plötzlich nothgedrungen den Rappen der Freiheit satteln? Es erinnert sein Verhalten stark an das Losungswort, das einst der Kloppfechter des Ultramontanismus in Frankreich, Louis Veuillot, ausgab: „Wenn wir in der Minorität sind, dann fordern wir die Freiheit im Namen unserer Principien, und wenn wir in der Majorität sind, dann versagen wir die Freiheit im Namen unserer Principien!"

Unterrichtsfreiheit! Freie Schulen und freie Universitäten! Es ist begreiflich, daß die Ultramontanen jetzt noch diesen schönen Dingen Verlangen tragen, aber wer hätte je davon gehört, daß in einem Lande, in welchem der römische Klerus die Macht besaß, etwa im früheren Kirchenstaate selbst, irgend ein Schimmer von Unterrichtsfreiheit bestanden hätte? Oder ist Jemand so naiv zu glauben, daß in einem von Ultramontanen beherrschten Staate jemals der freigesinnten Minorität eine derartige Concession gemacht würde? Nehmen wir einmal an, es würde Herrn Windthorst gestattet, in Berlin seine vielbegehrte freie Universität zu errichten; würde er vielleicht den Professoren Dubois und Virchow oder selbst seinem protestantischen Busenfreunde Stöcker gestatten, an derselben Vorlesungen vor den Studenten zu halten? Wir glauben es nicht. Das ist die Unterrichtsfreiheit à la Windthorst, die weiter nichts wäre als die schlimmste Unterrichtstyrannei über die katholische Bevölkerung. Mit allen den Machtmitteln des Klerus auf dem Gebiete der Beichte, der Predigt und der Seelsorge, mit allen den weitgehenden discretionairen Befugnissen der bischöflichen Gewalt würde in einem solchen Falle die katholische akademische Jugend gezwungen, die „freie Universität" zu besuchen; sie würde dort abgesperrt von jeder freieren Geistesregung und von der übrigen Jugend des Landes, sie würde ausschließlich im Geiste Roms erzogen, und dann hätte allerdings die Curie keinerlei Anlaß mehr, dem Staate auf kirchenpolitischem Gebiete irgend welche Zugeständnisse zu machen.

Nicht nur aus diesen praktisch-politischen Gesichtspuncten muß das ultramontane Verlangen nach Unterrichtsfreiheit zurückgewiesen werden, sondern auch aus principiellen Gründen, wenn auch dieses Verlangen heuchlerisch im Namen der Freiheit und der Verfassung gestellt wird. Wir sind freisinnig genug, um auch den Ultramontanen das Recht zuzugestehen, daß sie ihre Lehren, ihre Wissenschaft frei verkünden können. Wir sind vorurtheilsfrei genug, um den Anspruch ultramontaner Gelehrten auf die Lehrstühle auf den staatlichen Universitäten nach dem hervortretenden Bedürfniß der Hörer voll und ganz anzuerkennen. Aber wir können die Freiheit einer Richtung nicht so weit ausdehnen, um ihr die Berechtigung einzuräumen, durch besondere Anstalten einen bestimmten Theil der deutschen Jugend ausschließlich in Beschlag zu nehmen und nach antinationalen Grundsätzen zu erziehen. Hier ist die Grenze, wo Lehrfreiheit und Unterrichtsfreiheit sich scheiden, wo das Selbsterhaltungsrecht des Staates gebietet, der Freiheit des Einzelnen eine Schranke zu setzen. So wenig der Staat in seiner unveräußerlichen Eigenschaft als Obervormund der Unmündigen Jedermann die Unterrichtsfreiheit gestatten kann, der nicht die wissenschaftliche Befähigung dazu hat, ebensowenig kann er diese Freiheit Anstalten gewähren, wenn andere Gründe des allgemeinen Interesses es verbieten. Die Schule und auch die Hochschule ist eine Staatsanstalt, auf welche alle im Staate vertretenen Richtungen die entsprechende verfassungsmäßige Einwirkung im Parlamente haben. Dieses nothwendige Verhältniß kann nicht zu Gunsten einer Richtung alterirt werden, namentlich wenn man das Berechtigungswesen zu staatlichen Aemtern berücksichtigt. Lehrfreiheit im Sinne der Ultramontanen ist denn doch durchaus nicht zu verwechseln mit der wahren Lehrfreiheit!

### Leipzig, 1. März 1883.

* Bei dem großen Interesse, welche die am Montag stattgefundene Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses darbietet, geben wir noch in Ergänzung unseres heutigen Leitartikels die folgende Correspondenz, welche speciell den Darwinismus in Betracht zieht. Dieselbe lautet:

„Der Abgeordnete Stöcker hat am Montag der Wissenschaft einen großen Dienst erwiesen, denn er hat durch seine Angriffe gegen den Darwinismus den Werth der wissenschaftlichen Forschung nur in ein um so helleres Licht gesetzt. Herr Stöcker mußte es über sich ergehen lassen, daß Virchow ihn darüber belehrte, was Materialismus sei. Wenn ein Theologe die Vertreter der Naturwissenschaft angreifen will, dann muß er auf diesem Gebiet zu Hause sein, aber sich nicht blos dilettantisch damit beschäftigt haben. Differenzen zwischen dem Gemicht des Gorillagehirns und des menschlichen Gehirns, wie sie ohne genaue Kenntniß des wahren Sachverhalts von Stöcker behauptet wurden, können nur dazu beitragen, seinen wissenschaftlichen Ruf in Frage zu stellen. Wie aber erst dann, wenn der Mann der Naturwissenschaft sich in einem Grade blbelfest erweist, wie Virchow, der durch seine Specialkenntnisse über den von Stöcker so hochgestellten König Hiskias seinen parlamentarischen Gegner gewiß zu größter Bewunderung hingerissen hat. Was wollte Stöcker eigentlich erreichen, als er ein Ketzergericht über Dubois-Reymond's Rede bei Gelegenheit von Friedrich's des Großen Geburtstag abhielt? Er wollte beweisen, daß die Lehren der Naturwissenschaft, insbesondere des Darwinismus religionsfeindlich sind, daß sie grundstürzend sind, wie er sich ausdrückt, und den Glauben an Gott untergraben. Und was hat er durch seine Kapuzinade gegen den Darwinismus thatsächlich bezweckt? Er hat darüber Klarheit verbreitet, daß nicht nur seine naturwissenschaftlichen, sondern auch seine theologischen Kenntnisse nicht auf der Höhe der Zeit stehen. Virchow hat schon bei einer früheren Gelegenheit, als der Naturforscherczugreß in München tagte, sich öffentlich dahin ausgesprochen, daß der Darwinismus die Lehren der christlichen Religion in keiner Weise beeinträchtige, und andererseits daß die Frage, wie der Mensch entstanden sei, dadurch nicht gelöst worden sei. Virchow hatte damals überhaupt noch wenig Hoffnung, daß diese Frage von der Wissenschaft jemals gelöst werden würde, am Montag hat er die Ueberzeugung ausgesprochen, daß dies geschehen werde, aber er hat zugleich hinzugefügt, daß die Frage eine wissenschaftliche sei, aber keine religiöse. Aus dem Centrum erschallte der Ruf, daß der Glaube allein die Lösung bringen werde, und das war es, was Stöcker durch seine Reden bezweckte. Stöcker und seine Anhänger wollen der Wissenschaft ein „Bis hierher und nicht weiter" zurufen; die Wissenschaft kann sich keine Schranken setzen lassen, sie hat die Aufgabe, die menschliche Erkenntniß unaufhörlich weiter zu entwickeln, aber nicht vor irgend einem von Menschen aufgestellten Dogma Halt zu machen.

Der Kampf zwischen Glauben und Wissenschaft wird nur dann religionsfeindlich, wenn die Theologen verlangen, daß der Glaube auch da noch in Kraft bleiben solle, wo er bereits durch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung gegenstandslos gemacht ist. Wohin das eigensinnige Festhalten an Ueberlieferungen führt, hat Virchow durch Darlegung des Ursprungs der jüdischen Schöpfungsgeschichte bewiesen; das christliche Lehrgebäude ist von diesem Bauwerk befreit noch ebenso fest und fester als mit demselben verbunden; es giebt Theile der Bibel, die wie das Hohelied Salomonis und die Geschichte von König Hiskias sogar ihre großen sittlichen Bedenken haben, wie der bibelfeste Virchow am Montag überzeugend nachgewiesen hat.

Aber Herr Stöcker hat auch noch von einer andern Seite eine Abfertigung erhalten, von wo er sie wohl kaum erwartet hat, denn der Cultusminister hat es gerade heraus gesagt, daß Glaube und Wissenschaft mit einander durchaus nicht in Widerspruch stehen. Es ist also vorläufig keine Aussicht vorhanden, daß Leuten wie Dubois-Reymond der Zutritt zu den Lehrstühlen deutscher Universitäten verschlossen wird; Herr v. Goßler hat sich nicht darüber belehren lassen, daß der Darwinismus religionsfeindlich ist. Das Schlimmste, was Stöcker widerfahren konnte, ist, daß ihm von Virchow neben Darwin auch noch Herder vorgehalten wurde als Vertreter der Lehre von der thierischen Natur des Menschen. Es ist schließlich ganz gleichgiltig, wo man die Grenzlinie zwischen Dogma und Wissenschaft zieht, ob man mit Kant annimmt, daß die Erde der feststehende Körper ist, um welchen sich die Sonne dreht, oder ob man mit Stöcker und Windthorst annimmt, daß der Geist des Menschen unabhängig von seinem Körper existirt. Das Wesentliche, was alle Drei mit einander verbindet, ist die Forderung, daß die Wissenschaft vor dem Glauben Halt machen soll. Der Darwinismus ist nach Stöcker der böse Feind, welcher das Schiff der Menschheit an der Klippe des Unsinns zerschellen läßt und zu diesem tiefsinnigen Ausspruch hat die rechte Seite des Hauses dem Abgeordneten Stöcker Beifall zugejauchzt.

Die Consequenz der Feindschaft gegen die Wissenschaft ist die Unterordnung des Staates unter die Kirche und daher kam es auch, daß Windthorst in diesem Puncte mit Stöcker gemeinschaftliche Sache machte, wenn er auch dabei weit geschickter verfuhr, wie Stöcker und sich weislich hütete, sich gleiche Blößen zu geben. Windthorst gestand doch wenigstens zu, daß die Darwin'schen Forschungen von großem wissenschaftlichen Interesse seien und daß er sie mit Aufmerksamkeit verfolge. Aber worin die Anschauungen Beider zusammen trafen, das war der Punct, daß nur die Lehren der Kirche zur wahren Weisheit führen, daß neben dieser alle wissenschaftliche Forschung in Staub zerfalle. Und weil diese Ueberlegenheit für die Kirche in Anspruch genommen wird, ist auch nach Windthorst die Theologie die erste und vornehmste Wissenschaft, sie allein ist unantastbar und unwandelbar. Ja, wenn das wirklich so wäre, dann könnten wir überhaupt auf alle wissenschaftliche Forschung Verzicht leisten und es uns am Glauben genügen lassen. Dann begeben wir uns einfach unter den Schirm der Kirche und überlassen ihr die Sorge für die Gestaltung unseres ganzen Daseins, des bürgerlichen und menschlichen wie des kirchlichen. Dann kommen wir auf den Ausgangspunct des Streits zurück und die Erziehung des Menschengeschlechts wird ausschließlich Priesterhänden anvertraut. So weit will aber wieder Stöcker nicht gehen, also hätte er besser gethan, den Darwinismus den Männern der Wissenschaft zu überlassen und sich auf die Seelsorge in seinem Kirchensprengel zu beschränken."

* * *

* Das preußische Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die Berathung des Cultusetats fort. Nach Erledigung der noch rückständigen Etats der Universitäten kamen die „höheren Lehranstalten" an die Reihe. Abg. Königshoff hielt eine sehr lange, vorzugsweise die Ueberbürdungsfrage behandelnde, bei dem leisen Organ des Redners kaum verständliche Rede. Abg. Westerburg brachte die Berechtigungsfrage der höheren Realschulen zur Sprache. Abg. Peters forderte eine gesetzliche Regulirung und Aufbesserung der Gehalts- und Ascensionsverhältnisse der Gymnasiallehrer, worüber sich dann auch der Cultusminister verbreitete. Abg. Huppen bestritt das Vorhandensein einer Ueberbürdung auf den Schulen, Abg. Kuntak brachte verschiedene polnische Klagen über Germanisirungsversuche vor, Abg. v. Eynern führte aus, daß die Staatszuschüsse zu den höheren communalen Lehranstalten ganz ungleich und principlos vertheilt seien, und wünschte, der Staat möchte sämmtliche Anstalten dieser Art auf seinen Etat übernehmen. Ministerialdirector Greiff wies darauf hin, daß die Regierung mit der Vorbereitung zu einer gesetzlichen Regelung der Zuschüsse beschäftigt sei. Die Abgg. Windthorst und Brüel erklärten sich mit Entschiedenheit gegen den Vorschlag, den Communen die Gymnasien abzunehmen und sie vollständig auf den Staatshaushalt zu übertragen. Weiter wurden von Clerikalen und conservativen Abgeordneten über ungenügenden Religionsunterricht an verschiedenen Anstalten geklagt. Ueber den Antrag Löwe, betreffend die Zulassung der Abiturienten der Realgymnasien zum Studium der Medicin, entband eine längere Debatte. Der Antragsteller und verschiedene andere Redner sprachen für diese Zulassung, Abg. Windthorst dagegen; der Cultusminister erklärte, die Regierung habe sich über die Frage noch nicht schlüssig gemacht. Der Antrag wurde alsdann zurückgezogen und die weitere Berathung vertagt.

* Woher sollen in Zukunft die Diäten für den Volkswirthschaftsrath in Preußen bestritten werden, wenn das Abgeordnetenhaus dieselben, wie wahrscheinlich, auch in der dritten Lesung ablehnen wird? Das ist die Frage, welche die Regierungspresse beschäftigt. Aufrecht erhalten soll der Volkswirthschaftsrath unter allen Umständen werden. Die „Nordd. Allg. Ztg." meint: „Die große Industrie hat ein Interesse daran, daß den Arbeitern die Möglichkeit, ihre Ansprüche an die Gesetzgebung innerhalb des Volkswirthschaftsraths zur Geltung zu bringen, nicht entzogen wird." Man will aus dieser Wendung schließen, daß in Zukunft die wohlgespickte Casse des Centralverbandes der deutschen Industriellen die Zahlung der Diäten für die Arbeitermitglieder des Volkswirthschaftsraths übernehmen soll. Die Herren Beuthner, Buek, Stumm und wie die schutzzöllnerischen Protectoren jener Vereinigung sonst noch heißen mögen, werden das ihnen zugemuthete Geldopfer gern bringen, sie werden sich aber dafür beim Herrn Handelsminister ein wenn auch nicht öffentlich, so doch geheim auszuübendes Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl der zu berufenden Arbeiter ausbedingen. Ob ein solcher Zustand geeignet ist, namentlich in den Augen der Arbeiter den Werth der Voten des Volkswirthschaftsraths zu erhöhen, möchten wir stark bezweifeln. Vielmehr dürfte eine solche Politik nur die Geschäfte der Socialdemokratie führen. Interessant ist die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.", daß der Arbeiterstand in den parlamentarischen Versammlungen eine Vertretung nur erlangen kann, wenn er sich der Socialdemokratie anschließt. Die liberalen Abgeordneten fühlen sich als Vertreter des ganzen Volkes und auch des Arbeiterstandes, dessen Interessen sie sich bisher stets nach bestem Können angenommen haben. Möglich, daß die conservative Politik ihren Vertretern eine gleiche Zuversicht nicht giebt. — Ueber die sachlichen Kosten des Volkswirthschaftsraths und deren künftige Quelle schweigt sich die officiöse Presse vollständig aus.

* Die Conservativen, namentlich der Landtagsabgeordnete Privatdocent Dr. Hans Delbrück, in seiner „Politischen Wochenschrift", machen jetzt Propaganda für die Errichtung eines landwirthschaftlichen Reichsamts. Wir haben mit anderen Reichsämtern, mit dem Reichseisenbahnamt, mit dem Reichsgesundheitsamt genügende Erfahrungen gemacht, als daß es uns noch neuen gelüsten sollte.

---

* Ueber die jüngst in Krakau stattgefundenen Verhaftungen mehrerer Socialdemokraten wird von dort den galizisch-polnischen Blättern weiter geschrieben: „Wiewohl es heißt, daß die Polizei durch die Verhaftungen einen wichtigen Fang gemacht und zum Zwecke weiterer Nachforschungen sich über alle Einzelheiten sehr schweigsam verhält, so will man in Krakau doch bereits wissen, daß die verhafteten Socialdemokraten, man spricht von vierzehn, der gefährlichsten internationalen Verschwörerbande angehören. Es sollen sich darunter drei von der russischen Regierung verfolgte Nihilisten kleinrussischer Nationalität befinden, welche, weil sie auch vollkommen polnisch sprechen, sich als Polen ausgeben und mit falschen Pässen reisen. Es ist bereits festgestellt, daß zwei dieser Nihilisten vor einigen Wochen noch in London sich befanden, von dort nach Paris und der Schweiz gingen, worauf sie über Frankfurt a. M., Berlin und Breslau in Krakau eingetroffen sind. Bei einem der Nihilisten hat die Polizei einen schußfertigen, geladenen Revolver, einen vergifteten Dolch und ein Notizbuch gefunden, das mehrere mit Chiffreschrift beschriebene Seiten enthält. Noch geheimnißvoller scheint ein anderer Verhafteter, dessen Herkunft und Nationalität man bisher nicht feststellen konnte. Derselbe, welcher einen belgischen Paß auf den Namen van Raose besitzt, spricht weder russisch, polnisch noch deutsch, sondern macht sich nur durch ein wenig correctes französisch verständlich. Dem Aeußern nach, scheint er ein Italiener zu sein, verweigert aber bezüglich seiner Person jede Auskunft. So hat sich auch das Gerücht verbreitet, daß er ein Sendling der Italia irredenta sei, welche beabsichtige, in Galizien und Oesterreich mit den socialdemokratischen Revolutionairen Fühlung zu nehmen. Die übrigen Verhafteten sind theils aus Galizien, theils aus dem Königreich Polen und scheinen nicht alle Arbeiter zu sein. Ueberhaupt wohnten von den Verhafteten nur fünf längere Zeit in Krakau, wo sie den zugereisten Verschwörern die Unterkunft besorgten. In einem Hause der Vorstadt Kleparz hat die Polizei allein sieben Verhaftungen vorgenommen."

* Unter den Persönlichkeiten, welche in Moskau als Krönungsbotschafter der verschiedenen Staaten fungiren sollen, wird als Vertreter Italiens auch General Cialdini genannt, woran das Gerücht geknüpft wird, daß dieser überhaupt mit dem italienischen Botschafterposten bei dem russischen Hofe betraut werden solle, nachdem Mancini von seinen früheren Absichten zurückgekommen und nun, entgegen den Wünschen des Herrn Depretis, diese Ernennung beabsichtige.

* Berichten zufolge, die uns aus Rom zugehen, circulirt dort das Gerücht, daß, sowie dies der Graf von Aquila gethan, auch dessen jüngerer Bruder, der Graf von Trapani, sich dem italienischen Hofe anzunähern beabsichtige.

* Wie aus Genf geschrieben wird, herrscht dort seit einiger Zeit unter den aus Frankreich geflüchteten Anarchisten und den mit ihnen verbündeten russischen Nihilisten eine auffällige Bewegung. Es tauchen unter ihnen neue Gestalten auf, die plötzlich wieder verschwinden, ohne daß man weiß, woher sie gekommen und wohin sie gegangen sind. Auch mehrere russische Nihilisten haben seit etwa vierzehn Tagen Genf verlassen. Man will diese Bewegung mit allerlei unheimlichen Plänen und Absichten in Verbindung bringen, welche seitens der internationalen Umsturzpartei gefaßt worden seien. Thatsache ist, daß russische Nihilisten sich geäußert, ihre Genossen in Rußland verhielten sich gegenwärtig nur deshalb zuwartend, bis das große socialrevolutionaire Bündniß in Europa vollzogen und der allgemeine Angriffsplan in allen seinen Einzelheiten feststellt sei. Selbstverständlich werden seitens der Polizei alle Bewegungen der Umsturzpartei sorgfältig überwacht.

* Bemerkenswerth ist, wie die türkische Presse die Verhandlungen der Donau-Conferenz und ihr nach aller Voraussicht zu erwartendes Schlußergebniß beurtheilt. „Die Differenzen zwischen Oesterreich und Rumänien", meint der „Vakit", „werden zwar in den politischen Kreisen lebhaft besprochen, entbehren aber im Grunde aller Wichtigkeit. Angenommen nämlich, daß die Beschlüsse der Conferenz nicht zur Durchführung gelangen, so dürfte sich deshalb schwerlich ein Staat entschließen, einen Krieg zu beginnen. Daraus erhellt, daß die ganze Conferenz schon von vornherein eine völlig verfehlte Maßnahme war. Sie konnte nur auf Erfolg rechnen, wenn man vor ihrem Zusammentritte Garantien geschaffen hätte, daß ihre Beschlüsse auch zu Ausführungen gelangen. Man ließ zwar in gewissen Blättern die Nachricht verbreiten, daß solche Garantien vorhanden wären, aber das war, wie es sich nun zweifellos herausgestellt, einfach nicht wahr. Recht sonderbar scheinen uns die Klagen, welche man gegen Rußland bezüglich der Kilia-Frage vorbringt. Wenn die Weisheit der europäischen Cabinete Rußland wieder Bessarabien übergeben, so kann Europa über die natürlichen Folgen jener Gebietsabtretung sich wohl kaum beschweren."

* Wie aus London berichtet wird, erwartet man in dortigen parlamentarischen Kreisen, daß noch vor Schluß dieser Woche oder zu Anfang der nächsten dem Parlament das Ergebniß der Donauconferenz vorliegen werde. Daran, daß dieses ein günstiges sein werde, wird nicht gezweifelt. Bezüglich der Verlängerung des Mandats der Donauconferenz hält man es nicht für unmöglich, daß das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit für den Fortbestand der Commission in Zukunft durch eine Stipulation ersetzt werden solle, nach welcher vielmehr die Auflösung der in eine Permanenzcommission zu verwandelnden Körperschaft von der Stimmeneinhelligkeit abhängig gemacht werden würde. Unter den Lesarten, die über das Arrangement, betreffend die Kilia-Frage, verbreitet werden, klingen jene sehr annehmbar, welche wissen wollen, daß einfach die Ausdehnung der für die Freiheit der Donauschiffahrt geltenden Normen des Pariser Vertrags auf den schiffbar zu machenden Kilia-Arm constatirt und mit Rußland Vereinbarungen getroffen werden dürften, nach welchen dieses sich bei den Arbeiten am Kilia-Arm von Fall zu Fall mit der Donaucommission ins Einvernehmen zu setzen haben würde.

* Es wäre im Augenblick wirklich eine aufrichtige Freude, einen Iren auftreten zu sehen, welcher im Interesse der Menschlichkeit sein unumwundenes Bedauern über die Verrohung seiner Landsleute kundgäbe. Leider hört man nichts als das Gegentheil, und selbst die englischen Zeitungen melden, daß in Dublin unter den niederen Volksclassen eine tiefgehende Theilnahme für die Angeklagten herrsche, welche von Carey an den Strang geliefert sind. So haben die Dubliner Maurer eine Versammlung ab zu dem Zweck, Carey von der Liste ihrer Berufsgenossen zu streichen. Dabei